

Kamen, 8.12.2016

## **Rede zum Stellenplan 2017**

Wir begrüßen zunächst, dass zum Beginn des Haushaltsjahres eine neue Entgeltordnung in Kraft tritt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Antragstellung, für eine mögliche Aufwertung ihre Stellen durch die Verwaltung unterstützt werden sollen. Auf diese Weise sehen wir die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die zunehmenden Anforderungen an sie gewürdigt.

Hinsichtlich der Vergleichsmöglichkeiten bezüglich der Effektivität der Kommunen über die Gesamtzahl der Planstellen – wie sie auch die Gemeindeprüfungsanstalt GPA pflegt – erscheint der Hinweis auf die Wahrnehmung gebietsübergreifender Aufgaben im Vorwort des Arbeitspapiers zum Stellenplan wichtig. Wir teilen auch ausdrücklich nicht die im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt erhobene Kritik, dass die im Bürgerbüro beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überdurchschnittlich bezahlt würden oder die Bürgersprechstunden zu lang seien. Soweit wir das wahrnehmen, werden die angebotenen Sprechzeiten rege genutzt.

Wir begrüßen weiter die Einrichtung von 9 zusätzlichen Stellen für die Flüchtlingsbetreuung.

Die zusätzlichen Stellen lassen einerseits die Entlastung der ehrenamtlichen Kräfte erwarten, aber auch in der Verwaltung können so zum Teil die Arbeitsverdichtung gemindert und Verwaltungsprozesse entflochten werden.

Ein großes Problem erscheint uns jedoch, dass in Ergänzung der sprachlichen Qualifikation die Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge durch praktische Arbeit nicht angegangen werden. Bekanntlich verhindert ja eine fehlende Arbeitserlaubnis jegliche Tätigkeit, insbesondere auch die Absolvierung von Praktika für die Flüchtlinge, diese sind also zu Untätigkeit gezwungen. Hier wünschen wir uns ein Werkstatt-Projekt außerhalb des Arbeitsmarktes, innerhalb dessen den Flüchtlingen handwerkliche Grundkenntnisse vermittelt werden könnten, kurzfristig vielleicht in Kooperation mit der Werkstatt Unna.

Der Überschuss aus den Landeszuweisungen für die Flüchtlingsbetreuung, der nach „interner

Leistungsverrechnung“ immer noch 1,42 Mio. € beträgt, könnte die Finanzierung von mindestens 2 Vollzeitkräften für ein solches Projekt ermöglichen.

Ausdrücklich begrüßen wir dagegen, dass es dem Bauhof gelungen ist, in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter 6 und in Kooperation mit der Werkstatt Unna weitere 18 Beschäftigungsverhältnisse oberhalb des 1-E-Niveaus zu schaffen. Diese Maßnahmen laufen über 2 Jahre und verhindern, dass infolge Personalmangels zunehmend Aufträge an Fremdfirmen vergeben werden müssen, das Auftragsvolumen für derartige Aufträge soll gegenüber dem Ansatz für 2016 im Haushaltsjahr leicht sinken.

Für die Teilnehmer an den Maßnahmen ist eine Weiterbeschäftigung bei der Stadt zwar nicht möglich, aber die erworbene Arbeitspraxis erleichtert deren Übernahme durch Fremdfirmen. Leider lösen diese Maßnahmen nicht den anhaltenden Engpass bei Reparaturen, bei denen oft nur eine Fachkraft erforderlich ist.

Die inzwischen erfolgte Verquickung von Verwaltungsaufgaben mit dem Stadthallenmanagement halten wir weiterhin nicht für zielführend, zumal die Kostentransparenz - insbesondere die tatsächlich aus dem Haushalt geleisteten Zuschüsse für die KBG - dabei verwischt wird.

Einer langjährigen Empfehlung der SPD entsprechend sollte die Ausbildungsquote in den Betrieben bei 7 % liegen. Diese wird in der Stadtverwaltung mit 22 Auszubildenden - das sind nur gut 5 % - erheblich unterschritten, angemessen wären durchschnittlich 28 Auszubildende, es gibt hier also Bedarf zur Nachbesserung.

Wir nehmen zwar die Begründung für die geringe Zahl neuer Ausbildungsstellen im Verwaltungsbereich zur Kenntnis, erwarten aber zugleich die Intensivierung der Bemühungen, im Rahmen der angekündigten Zusammenarbeit mit der IHK Ausbildungsstellen für verwaltungsfremde Berufe zu schaffen. Denn nach unserer Überzeugung wäre es durchaus möglich, in der Stadtverwaltung und den Kommunalbetrieben auch Berufe auszubilden, die in der Wirtschaft benötigt werden, angefangen etwa bei IT-Fachkräften über kaufmännische und Büro-Berufe, handwerkliche Berufe, Berufe im Garten- und Landschaftsbau und im Tiefbau bis hin zu Berufen im Veranstaltungsmanagement, etwa als Fachkraft für Veranstaltungstechnik oder Veranstaltungskaufmann. Gegebenenfalls sollten in diesen Bereichen auch Qualifikationen zur Ausbildereignung geplant und angeboten werden.

Dennoch stimmen wir trotz aller Kritik dem Stellenplan zu.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im ablaufenden Jahr geleistete Arbeit.

Es gilt das gesprochene Wort

Gunther Heuchel